



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 49. Ratssitzung vom 31. Mai 2023

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2023/211 und 2023/215

1851. 2023/211

Postulat von Martin Götzl (SVP) und Isabel Garcia (FDP) vom 19.04.2023: Beschränkung des Anstiegs der Lohnkosten der Stadt ab 2024 auf das Bevölkerungswachstum

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2023/211 und 2023/215

***Martin Götzl (SVP)** begründet das Postulat GR Nr. 2023/211 (vergleiche Beschluss-Nr. 1742/2023): Wir von der SVP-Fraktion unterstützen grundsätzlich überdurchschnittlich gute Arbeitsbedingungen, lehnen jedoch Masslosigkeit beim Personalwachstum und uneingeschränkten Ausbau von Arbeitsbedingungen ab. Darum initiierte unsere Seite zwei Postulate mit. Das eine Postulat soll das Lohnkostenwachstum und das andere das Stellenwachstum plafonieren. Mit den zwei Postulaten hat die linke Ratsseite eine Auswahl, wie sie auf einen massvollen Weg der Personalpolitik zurückkehren kann. In der Vergangenheit und im laufenden Jahr erlebten wir, wie die Zahl des städtischen Personals jährlich um mehrere hundert Stellen wuchs. Die Schere der Ungleichheit zwischen der Arbeitgeberin Stadt Zürich und der Privatwirtschaft nimmt zu, wie die Statistik zeigt. Das darf unserer Auffassung nach nicht sein. Mehr Privilegien, überdurchschnittlicher Lohn und Benefits und gleichzeitig ein exorbitanter Personalausbau in den letzten Jahren. Das starke Wachstum der städtischen Gesamtlohnkosten muss gebremst werden. Das soll aber nicht auf Kosten des einzelnen Mitarbeiters erfolgen. Die Politik ist aufgefordert, nachhaltig zu agieren und sich bei Stellenbesetzungen zurückzuhalten und diese zu hinterfragen. In Anbetracht des Wachstums der letzten Jahre ist es unerlässlich, die gesamten Personalkosten mittel- oder langfristig zu stabilisieren. Folgende Zahlen zeigen auf, warum wir von Masslosigkeit sprechen müssen. Im Jahr 2011 lebten rund 390 000 Einwohnerinnen und Einwohner in Zürich. Im Jahr 2021 sind es 434 000 Einwohner. Das ist ein Wachstum von 11,28 Prozent. Das Personalwachstum, so argumentierte die linke Seite immer, ist eine Folge des Bevölkerungswachstums. Das ist weitgehend eine Mär. Denn trotz Investitionen in die Digitalisierung in Millionenhöhe, ist insgesamt wenig von einer Effizienzsteigerung ersichtlich. Wo der Wert der 100-Prozent-Stellen im Jahr 2011 bei 19 825 lag, sind es im Jahr 2021 bereits 22 720 Stellenwerte. Das ist ein Plus von 14,6 Prozent. Frappant ist der Personalaufwand. Im Jahr 2011 betrug er 2,43 Milliarden Franken, zehn Jahre später waren es 2,95 Milliarden Franken. Das ist ein Plus von 22 Prozent. Das Bevölkerungswachstum im gleichen Zeitraum betrug aber nur 11 Prozent. Ich zähle Ihnen die jährlichen Lohnanpassungen im Budget der letzten sechs Jahre auf: im Jahr 2018: 24 Millionen Franken; im Jahr 2019: 17 Millionen Franken; im Jahr*



2020: 22 Millionen Franken; im Jahr 2021: 17 Millionen Franken; im Jahr 2022: 24 Millionen Franken und im Jahr 2023: 71 Millionen Franken. Das sind Lohnanpassungen über das Budget in der Höhe von 175 Millionen Franken innerhalb von sechs Jahren. Auch die Arbeitsbedingungen und die Lohnnebenleistungen haben Sie in den letzten fünf Jahren tatkräftig ausgebaut. Mit der Weisung GR Nr. 2018/444 entstanden zusätzliche Kosten von 23,4 Millionen Franken pro Jahr, mit der Vorlage GR Nr. 2019/303 zusätzliche Kosten von 1 Million Franken pro Jahr. Die Teilrevision des städtischen Lohnsystems verursacht Mehrkosten von 25 Millionen Franken pro Jahr, die Vorlage GR Nr. 2022/175 gewährt vier Wochen Vaterschaftsurlaub. Fünftens die Vorlage GR Nr. 2021/65: eine Einmalzulage, einmalig 5 Millionen Franken. Die Vorlage GR Nr. 2021/445 verursacht jährlich wiederkehrende Kosten von 19 Millionen Franken, die Vorlage GR Nr. 2021/487 2,2 Millionen Franken pro Jahr. Heute kommen mit den Fringe Benefits und Mobilitätsbeiträgen jährlich 10 Millionen Franken dazu. Innerhalb von sechs Jahren ist das ein Plus von 70 Millionen Franken für Lohnleistungen. Es gibt noch weitere offene Forderungen aus dem rot-grünen Gemeinderat: Menstruationsurlaub, das Pilotprojekt 35-Stunden-Woche und so weiter. Als ich das recherchierte, war ich überrascht, wie viele Millionen Franken Jahr für Jahr verteilt werden. Sahen Sie jemals einen privaten Arbeitgeber, der einen Bruchteil davon ausgibt? Helfen Sie mit, eine nachhaltige Personalpolitik mit überdurchschnittlich guten, jedoch massvollen Arbeitsbedingungen zu betreiben. Ich habe nichts gegen punktuelle «Goodies». Doch die Summe des Personalwachstums und der Ausbau der Bedingungen ist masslos. Wer das nicht sieht, ist nicht nur auf dem linken Auge blind. Helfen Sie mit, den Stellenausbau und die Lohnkosten zu plafonieren, indem bei Altersrücktritten hinterfragt wird, ob diese Stellen noch benötigt werden – damit man für die Mitarbeitenden der Stadt weiterhin eine nachhaltige Arbeitgeberin sein kann.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat diskutierte die beiden Vorstösse und lehnt sie ab. Bei einem Vorstoss ist die Inflation nicht berücksichtigt, bei der ein Teuerungsausgleich nötig ist. Wenn dann die Lohnsumme gleichbleiben soll, müssen Entlassungen erfolgen. Das Budget muss immer auf die Frage eingehen, was auf uns zukommt. Das Messen an der Vergangenheit ist ein untaugliches Instrument. Ich habe die aufbereiteten Zahlen zum Haushaltsaufwand im Jahr 2013 im Vergleich zum Jahr 2022 vor mir. Bei den Stellen beträgt das Wachstum vier Prozent innerhalb von neun Jahren. Bei den Schulen ist es ein Wachstum von 40 Prozent; bei den Eigenwirtschaftsbetrieben 69 Prozent, wobei diese durch Gebühren refinanziert werden. Man muss also genau sehen, was kritisiert wird. Jede Lehrkraft, die wir aufgrund des überdurchschnittlichen Wachstums der Anzahl Kinder gegenüber dem allgemeinen Bevölkerungswachstum anstellen, würde direkt zu Entlassungen führen, wenn das Postulat umgesetzt würde. Dem Stadtrat ist das viel zu eng gefasst. Ich kann verstehen, dass das Thema aufgenommen wird, man muss aber differenzieren, wo das Wachstum stattfindet. Dass das Wachstum bei den Schulen überdurchschnittlich ist, sagen wir bereits seit längerer Zeit. Jedes Jahr haben wir 1000 Kinder zusätzlich, die wir einschulen, betreuen und denen wir die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen müssen. Das Steueramt zeigt, wie es dank der Digitalisierung mittlerweile jedes Jahr zusätzlich etwa 1000 juristische Personen und etwa 6000 natürliche Personen managt. Der Stellenplafond blieb dabei gleich. Die Gesamtbetriebskosten



sanken stark und erleben nur bei neuen IT-Anschaffungen einen Sprung. Bevor dieser Vorstoss geschrieben wurde, wurde euch das präsentiert. Mich beelendet deshalb die Behauptung, dass es keine Prozessverbesserung gebe. Es gibt Stellen, die rationalisiert werden können und es gibt Stellen, bei denen das nicht möglich ist, beispielsweise die Schulen. Es gibt Ansprüche der Gesellschaft an die Leistungen des Staats, es gibt Forderungen des Gemeinderats und solche aus Volksabstimmungen. Die Milchbuchrechnung im Postulat greift in Anbetracht der Komplexität unserer Gesellschaft zu kurz. Solch abrupte Forderungen sind angesichts der Gesundheit des Haushalts der Stadt unnötig.

Serap Kahriman (GLP) begründet das Postulat GR Nr. 2023/215 (vergleiche Beschluss-Nr. 1746/2023): Im Gegensatz zum Postulat der SVP und der FDP wollen wir nicht die Lohnkosten prozentual zum Bevölkerungswachstum beschränken, sondern das Stellenwachstum. Das ist auch ein Grund, weshalb wir das Postulat der SVP und FDP nicht unterstützen werden. Wir wollen nicht, dass Lohnerhöhungen nicht stattfinden können, beispielsweise aufgrund von Funktionswechseln, der Inflation oder einem Lohnbandwechsel. Die Verwaltung wird immer mehr aufgebläht: Im Jahr 2021 wuchs sie ausser im Gesundheits- und Sicherheitsdepartement um fünf bis zwölf Prozent. Ein gewisses Wachstum ist nachvollziehbar, beispielsweise im Schulbereich. Dennoch gibt es Bereiche, in denen das Stellenwachstum im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum beschränkt werden könnte. Das soll mit drei Massnahmen erfolgen: mit einer Effizienzsteigerung durch die Digitalisierung; bei natürlichen Abgängen soll überprüft werden, ob es notwendig ist, die Stelle neu zu besetzen; Doppelspurigkeiten sollen vermieden werden, vor allem in den Bereichen Wohnen, Mobilität, Klima und Energie. Hierbei stützen wir uns auf den externen Bericht aus dem Jahr 2022, den der Stadtrat nicht ausführen wollte.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Përparim Avdili (FDP) machte mich darauf aufmerksam, dass ich mich vorhin nicht präzise ausdrückte. Der Wert des Wachstums um vier Prozent bezieht sich auf die allgemeine Verwaltung ohne Schule.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Florian Blättler (SP): Die beiden Postulate versuchen mit vielen Zahlen in der Begründung den Anschein von objektiven Gründen für ihre Forderungen zu erwecken. Doch die Zahlen sind teilweise irreführend und zum Grossteil schlichtweg falsch. Es wird suggeriert, dass im Jahr 2021 die Anzahl der Angestellten in beinahe jedem Departement um fünf bis zwölf Prozent anstieg. Jedoch stieg einzig im Schul- und Sportdepartement (SSD) der Stellenwert um knapp fünf Prozent. Das Wachstum in den restlichen Departementen betrug im Durchschnitt 1,8 Prozent, wobei das Jahr 2021 mit Abstand das grösste Wachstum in der jüngeren Geschichte der Stadt erlebte. Sie sprechen von Angestellten, nicht von Stellen. Aber diese stiegen lediglich um 1,3 Prozent an. Woher die fünf bis zwölf Prozent stammen, weiss ich nicht. Im zweiten Postulat wird behauptet, dass die Lohnkosten vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2021 von 2,43 auf 2,95 Milliarden Franken angestiegen seien. Die erste Zahl ist schlichtweg falsch. Im Jahr 2011 betrug die Lohn-



kosten 2,49 Milliarden Franken. Damit ergibt sich eine Aufwandsteigerung von 18,5 Prozent und nicht wie behauptet von 22 Prozent. Selbst wenn man mit den falschen Zahlen rechnet, wären es nicht 22 Prozent, sondern 21,4 Prozent. Es wird behauptet, dass das Bevölkerungswachstum in dieser Zeit 11 Prozent betrug. Wenn man Statistik Stadt Zürich fragt, sind es andere Zahlen. Abhängig davon, ob man die Zahlen von Anfang, Mitte oder Ende des Jahres oder über das gesamte Jahr hinweg nimmt, waren es zwischen 11,8 Prozent und 12 Prozent. Die Stellenwerte stiegen in dieser Zeit um 14,6 Prozent. Das war wohl die einzige korrekte Zahl in den Postulaten. Von den neuen Stellen gingen 36 Prozent in ein Departement. In allen anderen Departementen betrug der Anstieg in diesem Zeitraum 11,1 Prozent. Hauptsächlich wuchsen sie im Bereich der Eigenwirtschaftsbetriebe. Insgesamt liegt der Anstieg weit unter dem Bevölkerungswachstum. Das Schulamt muss nicht die Bedürfnisse der Gesamtbevölkerung abdecken, sondern nur die einer einzigen Bevölkerungsgruppe: der Volksschülerinnen. Diese Gruppe stieg vom Jahr 2011 bis zum Jahr 2021 um 33,5 Prozent an. Gleichzeitig nahm die Anzahl der Stellen im SSD um 33,6 Prozent zu – rund um ein Zehntel Prozent stärker oder um drei Stellen stärker als das Bevölkerungswachstum. Das Postulat GR Nr. 2023/215, das die Beschränkung des Stellenwachstums auf das Bevölkerungswachstum verlangt, ist bereits erfüllt – abgesehen von den drei Stellen im Schulamt. Man muss das Stellenwachstum auf die jeweiligen Bevölkerungsgruppen anwenden. Das Postulat versucht mit falschen Zahlen für Stimmung zu sorgen. Beim Postulat GR Nr. 2023/211, das die Beschränkung der Lohnkosten verlangt, seid ihr euch bewusst, was ihr fordert. Das Stellenwachstum in den zehn Jahren betrug 14,6 Prozent, die Steigerung der Lohnkosten betrug 18,5 Prozent. Pro Stelle entspricht das einer durchschnittlichen Steigerung der Lohnkosten um 3,4 Prozent. In der gleichen Zeit stieg der Schweizer Lohnindex um 6 Prozent an. Das heisst, dass die städtischen Angestellten im Durchschnitt weniger Lohnzulagen erhielten als der Rest in der Schweizer Wirtschaft. Sie haben also im Vergleich zum Rest der Wirtschaft Lohn verloren. Sie erhielten nicht wie behauptet überdurchschnittlich hohe Zulagen. Was ihr fordert, geht aber noch viel weiter: Es soll nicht einmal mehr ein Teuerungsausgleich bezahlt werden, ausser wenn es zu Entlassungen im grossen Stil kommt. Wir können gerne darüber sprechen, wo Stellen gespart werden können. Aber Globalanträge, die keine Verantwortung übernehmen, wo Stellen gespart werden sollen, und voll falscher Zahlen sind, sind abzulehnen. Ich würde mich bei solchen Vorstössen schämen.

Patrik Maillard (AL): *Eine solche Koppelung wäre eine sehr gefährliche Entwicklung. Die AL lehnt beide Postulate ab. Einmal mehr sind es Postulate, die der Stadt unterstellen, dass sie nicht effizient arbeitet. Ich will nicht behaupten, dass es kein Potenzial für Einsparungen gibt. Aber die prozentuale Koppelung der Lohnkosten ans Bevölkerungswachstum ist genauso eine Milchbüchleinrechnung wie die im Postulat GR Nr. 2023/215 angestrebte direkte Koppelung des Stellenwachstums an das Bevölkerungswachstum. Beide Forderungen gehen von einem direkten Zusammenhang zwischen der steigenden Einwohnerzahl und dem finanziellen Aufwand für die Stadtverwaltung aus. Doch die verschiedenen Faktoren, die dabei mitspielen, gehen nicht linear einher. So können beispielsweise neue gesellschaftliche und soziale Ziele, nach denen eine Stadt ihre Infrastruktur ausrichtet oder ausbaut, unabhängig vom Wachstum der Bevölkerung sein. Wenn wir das Netto-Null-Ziel erreichen wollen, braucht es Investitionen. Das gilt genauso*



für den bestmöglichen Schutz vor Cyberkriminalität und allgemein vor neuen Bedrohungen, die vielleicht erst noch kommen. Die Bevölkerung hat höhere Ansprüche, beispielsweise an die Sauberkeit, an die Sicherheit, an die Armutsbekämpfung und an Wohnungen für ältere Menschen, die nicht ins Altersheim wollen. Es sind gesellschaftliche Entwicklungen hin zu mehr sozialer Sicherheit und zum Klimaschutz. Auch gibt es beispielsweise Ansprüche für modernste und sauberste Kehrlichtverbrennungsanlagen. Das alles ist nicht an das Bevölkerungswachstum gekoppelt. Die Postulate sind auch hanebüchen, wenn man den Teuerungsausgleich berücksichtigt. Es gibt viele Faktoren, die die Ausgaben einer Stadt beeinflussen. Auch wenn das Bevölkerungswachstum eine Rolle spielt, wären wir wie blinde Hühner, wenn wir diese Ausgaben direkt so koppeln würden.

Martin Busekros (Grüne): *Der Stadtrat zeigte gut auf, dass der Vorstoss nicht nur undurchdacht, sondern schädlich ist. Die Postulate sind realitätsfern. Werden sie angenommen, wird die Handlungsfähigkeit der Stadt dramatisch eingeschränkt. Die Aufgaben der Stadt verändern sich mit der Zeit. In den letzten Jahren wuchsen die Stellen in den Schulen stark. In den nächsten Jahren werden sie vielleicht im Photovoltaik-Bereich des Elektrizitätswerks (ewz) stark wachsen müssen. Die SVP-Fraktion forderte im letzten Jahr im Sicherheitsbereich 144 neue Stellen. Es wirkt, wie wenn die Bürgerlichen – wie bereits im Kantonsrat – den Fachkräftemangel lösen wollten, indem die Stadt heruntergewirtschaftet wird. Wenn man die städtischen Löhne mit dem restlichen Arbeitsmarkt vergleicht, dann ist es eher dramatisch, wie schlecht die Lohnentwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist.*

Hans Dellenbach (FDP): *Es wird uns vorgeworfen, dass wir die Stadt herunterwirtschaften wollten. Im Postulat geht es aber darum, dass das Stellen- oder Lohnwachstum zusammen mit der Bevölkerung steigen soll. Es soll nur nicht schneller als die Bevölkerung wachsen. Dr. Florian Blättler (SP) wirft uns vor, dass wir nicht aufzeigten, wo eingespart werden könne. Wir bringen jedes Jahr bei der Budgetdebatte Punkte, wo Stellen eingespart werden können. Isabel Garcia (FDP) wollte heute ein Votum halten, musste aber kurzfristig absagen, weshalb ich es nun vorlese: Wir kommen zu einem echten Dauerbrenner des Zürcher Gemeinderats: die städtischen Lohnkosten und die Anzahl der städtischen Angestellten. Beide steigen seit Jahren an und in absehbarer Zeit in einem viel höheren Tempo, als es mit Blick auf das Bevölkerungswachstum und auf die Steuereinnahmen zu verantworten wäre. In jeder gefühlt zweiten Budgetdebatte gibt es mindestens einen Vorstoss zur Thematik. Mit der gleichen Regelmässigkeit weigern sich der Stadtrat und das Parlament, auch jetzt wieder unverständlicherweise, das Problem endlich anzupacken, obwohl die Entwicklung immer schneller in die falsche Richtung geht. Das Postulat GR Nr. 2023/211 mit der Forderung, dass die städtischen Lohnkosten nicht schneller ansteigen sollen als die städtische Bevölkerung, wurde von uns miteingereicht. Auch das Postulat GR Nr. 2023/215, das fordert, dass die Zahl der städtischen Angestellten nicht schneller als die Bevölkerung wachsen soll, liegt ganz auf der FDP-Linie. Für die FDP stehen folgende Punkte im Zentrum. Erstens die Zahlen und Fakten. In der Zeit vom Jahr 2011 zum Jahr 2021 betrug das Wachstum der Bevölkerung 11 Prozent – oder 11,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum wuchs die Anzahl der Vollzeitäquivalente der Angestellten um 14,6 Prozent. Ausserordentlich stark stieg die Anzahl der städtischen Angestellten vom Jahr 2018 bis zum Jahr 2021 an: um 8 Prozent. In dieser Zeit wuchs die Bevölkerung lediglich um 2 Prozent. Am stärksten schlägt aber zwischen den Jahren 2011*



und 2021 das Wachstum der Lohnsumme zu Buche: eine Zunahme um 22 Prozent. Das ist ein doppelt so hohes Wachstum wie das der Bevölkerung. Die städtischen Steuereinnahmen befinden sich aktuell auf einem Rekordniveau, was per se erfreulich ist. Unerfreulich ist aber, dass beinahe die gesamten Steuereinnahmen – 2,95 Milliarden Franken von 3,34 Milliarden Franken – für die Zahlung von Löhnen der städtischen Angestellten verwendet werden. Dies geschieht vor dem Hintergrund des Arbeitskräftemangels, der in der Stadt dazu führt, dass manche Stellen unbesetzt bleiben und dadurch keine Ausgaben anfallen. Letztes Jahr waren es etwa 74 Millionen Franken. Diese Entwicklung ist finanzpolitisch alles andere als nachhaltig. Es braucht dringend eine Trendumkehr. Das zweite Thema ist die Digitalisierung. In den letzten Jahren wurde verstärkt in die Digitalisierung der Stadtverwaltung investiert. Das ist gut. Nicht gut ist, dass sich dies nicht stabilisierend auf die Anzahl der städtischen Beschäftigten auswirkt. Die FDP erwartet entschlossenes Handeln seitens des Stadtrats mit dem Ziel, dass digitale Prozesse endlich so designt und implementiert werden, dass sie zur Dämpfung der städtischen Personalkosten beitragen können. Drittens sind es organisatorische Aspekte. Die Themen Doppelspurigkeiten, Querschnittsaufgaben, Serviceleistungen sowie die Überprüfung und die Neubesetzung von städtischen Stellen bei natürlichen Abgängen sind ebenfalls Dauerbrenner. Sie waren in den letzten Jahren immer wieder Gegenstand von Vorstössen. Für die FDP ist klar, dass die Umsetzung des Prinzips «Eine Dienstabteilung ist für ein Thema verantwortlich» nicht nur aus Managementsicht, sondern auch im Hinblick auf einen wirksamen Umgang mit den Steuereinnahmen eine Selbstverständlichkeit ist. Der Stadtrat hat diesen Auftrag seit mehr als vier Jahren. Er will ihn offensichtlich nicht umsetzen. Mehr als ein teurer Bericht ohne Zukunftsstrategie kam dabei nicht heraus. Es wäre aufschlussreich, eine Stellungnahme der Stadtregierung zu haben. Das gleiche gilt leider auch für die Themen Querschnittsaufgaben und Serviceleistungen. Dass bei natürlichen Abgängen von städtischen Angestellten konsequent überprüft wird, ob die Position allenfalls nicht besetzt werden muss, sollte Standard sein. Mit der Unterstützung der beiden Postulate fordern wir den Stadtrat ausdrücklich auf, dies endlich zu tun.

Christian Traber (Die Mitte): Unsere Fraktion wird beiden Postulaten zustimmen – nicht euphorisch und wir machten es uns nicht einfach. Insbesondere ist das Postulat GR Nr. 2023/211 kein Highlight. Es ist richtig, dass die allgemeine Verwaltung nur gering anwuchs, während andere Dienstabteilungen dazu beigetragen haben. Es ist auch richtig, dass wir Mittwoch für Mittwoch Stellen wünschen, dem Stadtrat Aufgaben erteilen und Wünsche anbringen, die zum Stellenwachstum führen. Es ist daher schwierig, in einem Postulat den Stadtrat aufzufordern, dass er die entsprechenden Massnahmen zu Lohnkosten und Stellenwachstum, prüfen soll. Es irritiert mich, dass STR Daniel Leupi sagte, dass die städtischen Betriebe gebührenfinanziert seien. Man kann auch dort genauer hinschauen; nicht jede Stelle muss besetzt werden und es muss nicht alles getan werden, was man durch Gebühren wiederfinanzieren kann. Ich habe die Zahlen nicht überprüft. Aber es ist wichtig, die Tendenz zu brechen und dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, zu prüfen, ob es möglich ist, die Wachstumsgrenzen einzuhalten.

Martin Götzl (SVP): Ich erlebte bereits einige Budgetdebatten. Ich bin daher ein gebranntes Kind. Ich höre, wenn wir Jahr für Jahr Sammelanträge einreichen, dass wir mit



7 / 8

dem Rasenmäher durchfahren. Jedes Jahr höre ich, die Strassen könnten nicht mehr gereinigt und gesalzen oder die Schulen könnten nicht mehr aufrechterhalten werden; wir könnten der Bevölkerung nicht mehr gewähren, dass sie Kinder gebären oder in den Notfall können. Ich bin der Auffassung, dass die beiden Vorstösse sehr ausgewogen und massvoll sind. Ich verstehe, dass es STR Daniel Leupi trifft, wenn man dem Steueramt die massive Effizienzsteigerung nicht attestiert. In meinem Votum ging es um «wenig Effizienzsteigerung» und ich ging nicht auf einzelne Dienstabteilungen ein, sondern sprach über die gesamte Stadt. Dem SP-Referenten muss ich entgegen, dass ich mir die Mühe machte und die Zahlen in offiziellen Dokumenten der Stadt nachschaute: in der Rechnung und im Geschäftsbericht. Das war eine Herkules-Aufgabe. Wenn eine Zahl hinterfragt wird, kann ich diese selbstverständlich belegen. Ich finde es schade, dass man bei einer solch sachlichen Debatte emotional überbordert. Mir suggeriert das, dass man emotional überfordert ist und die Tatsache negiert, dass Zürich ein überproportionales Stellenwachstum hat. Unsere Forderung ist ein Beitrag an eine vernünftige Personalpolitik.

Das Postulat wird mit 41 gegen 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

1852. 2023/215

**Postulat von Serap Kahrman (GLP) und Martin Götzl (SVP) vom 19.04.2023:
Beschränkung des Stellenwachstums der Stadt ab 2024 auf das prognostizierte
Bevölkerungswachstum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2023/211, Beschluss-Nr. 1851/2023.

Serap Kahrman (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1746/2023).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 55 gegen 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat